



20.3164

Motion SGK-N.**Keine Dividenden bei Kurzarbeit****Motion CSSS-N.****Pas de dividendes****en cas de chômage partiel**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.20

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.05.20

Antrag der Mehrheit

Annahme der Motion

Antrag der Minderheit

(Dobler, Mäder, Moret, Nantermod, Sauter)

Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité

Adopter la motion

Proposition de la minorité

(Dobler, Mäder, Moret, Nantermod, Sauter)

Rejeter la motion

Amaudruz Céline (V, GE), pour la commission: Réunie le 28 avril 2020, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique a décidé de donner suite à une motion de commission intitulée "Pas de dividendes en cas de chômage partiel". Une minorité propose de ne pas y donner suite. Cette motion vise à ce que les entreprises qui perçoivent pour leurs employés des indemnités pour réduction de l'horaire de travail n'aient pas le droit de verser des dividendes.

A l'instar de son homologue du Conseil des Etats, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du

AB 2020 N 524 / BO 2020 N 524

Conseil national avait écrit au Conseil fédéral pour lui recommander d'interdire aux entreprises qui perçoivent des indemnités pour réduction de l'horaire de travail de verser des dividendes. Vu que cette recommandation est restée lettre morte, la commission a décidé de revenir sur cette revendication en déposant cette motion.

La motion charge le Conseil fédéral d'élaborer une réglementation interdisant aux entreprises à partir d'une certaine taille, qui perçoivent des indemnités pour réduction de l'horaire de travail en raison de la crise du Covid-19, de verser des dividendes durant l'année en cours, ainsi que l'année d'après.

La majorité de la commission considère que l'instrument du chômage partiel a pour but de préserver les emplois en période difficile. Dans la crise du coronavirus, il s'agit d'un moyen central pour soutenir l'économie. Il ne serait ainsi pas logique que cet instrument important et efficace soit utilisé par les entreprises pour payer les salaires de leurs employés avec l'argent du contribuable et que, dans le même temps, celles-ci continuent de distribuer des dividendes à leurs actionnaires.

Selon la minorité Dobler, la loi sur l'assurance-chômage n'exige pas des entreprises qu'elles renoncent à une distribution de dividendes pour avoir recours à la réduction de l'horaire de travail (RHT). En outre, l'adoption d'un tel objet aurait des conséquences néfastes tant pour le marché du travail que pour l'économie. Dans le cadre d'un couplage RHT-dividende, certaines structures d'entreprise dont les revenus sont intimement liés



au paiement de dividendes pourraient être gravement impactées et obligées de licencier. Ce résultat serait contraire à l'intérêt du marché du travail suisse.

Toujours selon la minorité, lier la RHT à une interdiction de distribution de dividendes en 2020 peut également s'avérer incohérent d'un point de vue temporel. Les dividendes constituent un revenu du capital pour l'exercice financier 2019, qui pourrait avoir été fructueux. Cependant, la RHT est perçue durant l'exercice fiscal en cours. Enfin, la minorité de la commission indique que pour contourner cette motion, les entrepreneurs, qui sont souvent propriétaires, par exemple dans le cas des petites entreprises, pourraient tout simplement augmenter leur salaire.

La commission vous propose, par 19 voix contre 5 et 1 abstention, de donner suite à cette motion.

Meyer Mattea (S, ZH), für die Kommission: Wir wissen, dass wir die Corona-Krise nur meistern können, wenn alle ihren Beitrag leisten. Das Pflegepersonal leistet Überstunden, fast zwei Millionen Erwerbstätige arbeiten in Kurzarbeit und haben Lohnausfälle. Selbstständige und Kleinunternehmer und Kleinunternehmerinnen mussten ihr Geschäft schliessen und sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Wir alle halten Abstand und helfen der älteren Nachbarin. Deshalb haben viele zu Recht kein Verständnis dafür, dass es mitten in der Krise Unternehmer gibt, die sich Dividenden ausschütten und gleichzeitig Kurzarbeit beantragen. Diese Logik "die Kosten dem Staat und die Gewinne privat" findet eine Kommissionsmehrheit zu Recht unanständig.

Das Instrument der Kurzarbeit dient dazu, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Arbeitsplätze zu erhalten. Sie ist ein zentrales Mittel, das wissen wir, um in dieser Corona-Krise die Wirtschaft zu stützen. Die staatliche Unterstützung für Lohnzahlungen darf aber nicht dazu dienen, private Gewinne abzusichern. Ein solches Verhalten findet eine Mehrheit der Kommission auch gegenüber den Angestellten fehl am Platz. Kurzarbeit bedeutet für sehr viele Betroffene, dass sie auf einen grossen Teil ihres Lohnes verzichten müssen. Gleichzeitig sollen Aktionäre Dividenden erhalten, die erst noch tiefer besteuert werden.

In dieser Krisenzeit Gewinne auszuschütten, während Kurzarbeit beansprucht wird, findet eine Mehrheit der Kommission zu guter Letzt auch unverantwortlich. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise sind schwerwiegend und noch nicht absehbar. Das wissen sehr viele Firmeneigentümer am besten, insbesondere auch diejenigen, die auf Kurzarbeit angewiesen sind. Viele schütten deshalb jetzt keine Dividende aus und behalten den Gewinn als Reserve, als Polster in ihrer Firma.

Doch es gibt eben leider auch die, die in dieser Situation, in dieser Krise Dividenden ausschütten bei Kurzarbeit. Deshalb hat die SGK-N die Motion "Keine Dividenden bei Kurzarbeit" sehr deutlich mit 19 zu 5 Stimmen angenommen, nachdem, meine Vorrednerin hat es bereits gesagt, der Bundesrat auf diese Forderung in den Schreiben der Kommission des Nationalrates und der Kommission des Ständerates nicht reagiert hat.

Was will die Motion? Unternehmen, welche Kurzarbeitsentschädigung erhalten, sollen in diesem und im kommenden Jahr keine Dividende ausschütten dürfen. Das Verbot soll für Unternehmen ab einer bestimmten Grösse gelten – es geht also nicht um Betriebe mit zehn oder fünfzehn Angestellten, bei denen sich die mitarbeitende Firmeninhaberin am Ende des Jahres noch eine Dividende ausschüttet. Zudem soll der Bundesrat auch eine gleiche Regelung treffen für Firmen, welche bereits eine Dividende gesprochen haben. Es braucht hier natürlich Rechtsgleichheit zwischen den Unternehmen, die in den vergangenen Wochen, also mitten in der Corona-Krise, ihre Generalversammlung schon hatten und da Dividenden ausgeschüttet haben oder den Beschluss gefasst haben, dies zu tun, und den Firmen, die noch vor dieser Entscheidung stehen.

Der Bund hat in dieser Krise den Zugang zur Kurzarbeit massiv ausgeweitet und zahlt mindestens 6 Milliarden Franken in die Arbeitslosenkasse ein, damit die Arbeitslosenkasse nicht das Defizit tragen muss und damit die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge nicht automatisch erhöht werden müssen. Davon profitieren alle Firmen. Deshalb ist es auch gerechtfertigt, wenn der Bund in dieser Situation Bedingungen setzt.

Der Bundesrat hat im Rahmen der Corona-Notverordnungen bereits in einem anderen Bereich ein Dividendenverbot eingeführt: Wer einen Notkredit erhält, darf so lange keine Dividende ausschütten, bis der Kredit bezahlt ist. Da waren wir auch alle dafür.

Ich komme zum Schluss. In den vergangenen Wochen haben Schweizer Firmen Milliarden an Gewinnen ausgeschüttet, zu einem grossen Teil auch an institutionelle Anlegerinnen und Anleger im Ausland. Gleichzeitig muss der Bund 6 Milliarden Franken an Kurzarbeitsentschädigung für Angestellte bezahlen, um Arbeitsplätze erhalten zu können. Öffentliche Hilfe annehmen und gleichzeitig Gewinne ausschütten hilft nicht, diese Krise gemeinsam meistern zu können.

Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, der Motion zuzustimmen.

Andrey Gerhard (G, FR): Herzlichen Dank, liebe Kollegin, für die Ausführungen. Ich stehe dem Vorstoss grundsätzlich mit Sympathie gegenüber, weil er eigentlich nichts anderes macht, als die Verantwortung der



Unternehmer zu adressieren. Das ist grundsätzlich richtig. Womit ich etwas Mühe habe, ist, dass es auch, Sie haben es eben ausgeführt, Ausschüttungen in diesem Jahr betrifft. Gab es nicht eine Lösung nach vorne, mit einem Jahr länger? Die Lösung zurück umzusetzen, finde ich kompliziert, denn es wird wahrscheinlich Firmen geben, die schon im Februar den Jahresabschluss gemacht und Dividenden ausbezahlt haben. Ich finde das eine schwierige Lösung.

Meyer Mattea (S, ZH), für die Kommission: Wir alle haben von den Firmen gelesen, die ihre Gewinne ausschütten, die Gewinne vom Jahr 2019, die an den Generalversammlungen in Form von Dividenden ausgeschüttet werden. Die Firmen sollen doch dieses Geld jetzt als Reserve in ihren Büchern behalten, um die Arbeitsplätze auch übermorgen noch sichern zu können, dann, wenn die Kurzarbeitsentschädigungen eben nicht mehr greifen. Sie sollen dieses Geld jetzt nicht ausgeben, verlieren, und danach haben wir dann die Menschen, die ohne Job auf der Strasse stehen. Kommt noch dazu: Die Motion will das für dieses und für das nächste Jahr, also auch für das Jahr 2021, wenn dann die finanzielle Situation von diesem Jahr berücksichtigt wird.

Hess Erich (V, BE): Frau Nationalrätin, ist Ihnen bewusst, dass Sie so eine Kündigungswelle verursachen? Können Sie

AB 2020 N 525 / BO 2020 N 525

das mit Ihrem sozialistischen Herz vereinbaren? Denn die Kurzarbeit wurde ja eingeführt, damit Arbeitnehmer in ihren Betrieben arbeiten können und ihnen nicht gekündigt wird. Mit dieser Massnahme verursachen Sie eine Kündigungswelle. Ist Ihnen das bewusst?

Meyer Mattea (S, ZH), für die Kommission: Geschätzter Kollege Hess, diese Krise hat uns sehr schön gezeigt, dass es die Arbeitskräfte, die Angestellten in den Firmen sind, die einen Mehrwert für die Firma erbringen, die am Schluss eigentlich die produktive Arbeit leisten, und dass es nicht die Aktionäre sind, die das Geld geben, sondern dass die Arbeit von den Arbeitstätigen kommt. Selbstverständlich will niemand Massenentlassungen. Aber die Firmen sind auch angewiesen auf die Arbeitskräfte, darauf, dass sie diese Menschen nicht verlieren, dass sie das ganz Know-how, die Arbeitserfahrung dieser Menschen nicht verlieren.

Fischer Roland (GL, LU): Frau Kollegin, Sie haben gesagt, dass die Motion verhindern will, dass Verluste verstaatlicht und Gewinne privatisiert werden. Welchen Unterschied macht es aber für den Gewinn und das Vermögen eines Unternehmens, ob der Gewinn in der Unternehmung bleibt oder ob er ausgeschüttet wird, ausser vielleicht, dass dann, wenn die Dividende ausbezahlt wird, noch eine doppelte Steuer anfällt?

Meyer Mattea (S, ZH), für die Kommission: Eine Steuer fällt schon an, aber es ist eine privilegierte Besteuerung auf Dividenden. Ich glaube, dass es schlicht mehr Sinn macht, wenn das Geld in den Büchern und, ich habe es vorhin schon gesagt, in den Unternehmen bleibt, damit Löhne auch noch übermorgen finanziert werden können. Wenn das Geld aber in Form von Dividenden ausgeschüttet wird, ist es weg. Selbstverständlich können die Aktionäre dann im Nachhinein nochmals Geld nachschliessen, doch das braucht einen erneuten Prozess. In einer derartigen wirtschaftlichen Krise, in der wir jetzt stecken, ist es, glaube ich, wichtig, dass die Unternehmen auf stabilen Beinen stehen und dass das Geld nicht einfach durch Dividendenausschüttungen entzogen wird, sodass später die Löhne nicht mehr bezahlt werden können und die Menschen auf der Strasse stehen.

Vogt Hans-Ueli (V, ZH): Frau Kollegin, wenn ich Ihnen zuhöre, habe ich etwas das Gefühl, dass allein schon die Worte des Ausrichtens einer Dividende an die Aktionäre bei Ihnen physisches Unbehagen auslösen. Ich möchte Sie fragen, ob in Ihrer wirtschaftsfeindlichen Ideologie der Gedanke Platz hat, dass es gerade in der Krise, in der wir jetzt sind, wichtig ist, dass Leute investieren und konsumieren können und dass die Ausrichtung einer Dividende nicht einfach eine unlautere Vermögensverschiebung an böse Eigentümer ist, sondern dass die Ausrichtung einer Dividende bedeutet, dass die Mittel Personen zur Verfügung gestellt werden, die sie investieren, die konsumieren, was gerade hic et nunc besonders wichtig ist. Hat dieser Gedanke Platz in Ihrer Wirtschaftsideologie?

Meyer Mattea (S, ZH), für die Kommission: Ja, Herr Kollege Vogt, es scheint mir eher eine rhetorische Frage zu sein, aber ich kann sie trotzdem gerne beantworten. Es ist übrigens eine Motion, die die Kommission mit 19 zu 5 Stimmen eingereicht hat, auch mit Stimmen aus Ihrer Fraktion, wie der Minderheitsantrag auch klar zeigt. Selbstverständlich habe ich grundsätzlich keine Aversion gegen eine Dividendenausschüttung. Ich finde es bedenklich, wenn in einer solchen Wirtschaftskrise einfach nur der kurzfristige Profit und nicht das



längerfristige Wirtschaftsdenken im Vordergrund steht, wie man die Unternehmen hier in der Schweiz auf stabile finanzielle Beine stellen und dafür sorgen kann, dass die Arbeitsplätze eben auch langfristig erhalten bleiben.

Dobler Marcel (RL, SG): Dieser Vorstoss will für Firmen, welche während der Covid-19-Krise Kurzarbeit beantragt haben, Dividenden verbieten. Oder anders gesagt: Wer Hilfe vom Bund erhält, darf zwar Gewinne machen, diese aber nicht auszahlen.

Diese Motion verschiebt die Dividendenzahlung einfach ins nächste oder ins übernächste Jahr und verfehlt die beabsichtigte Wirkung. Gleichzeitig setzt sie falsche Anreize, die zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen werden. Nebenbei hebt sie die Aktionärsrechte auf. Es gilt auch zu beachten, dass die Dividenden in der Null- und Negativzinsumgebung eine wichtige Einnahmequelle nicht nur für die individuellen Aktionäre, sondern auch für den Bund und Sozialvorsorgeeinrichtungen wie die Pensionskassen und ihre Versicherten sind. Es kann z. B. auch sein, dass Städte auf die Dividenden von Energieversorgern oder Kantonalbanken angewiesen sind. Diese Einnahmen fallen komplett weg. Die Motion verfehlt also ihr Ziel und verursacht einen erheblichen Kollateralschaden.

Was ist die Idee der Kurzarbeit? Die Kurzarbeit sichert die Arbeitsplätze während und nach dem Lockdown. Es handelt sich um einen Mechanismus, der die Entlassung von Mitarbeitern verhindern und verzögern soll, um Unternehmen und die Wirtschaft in einer schwierigen Phase nicht unnötigerweise strukturell zu beschädigen. Gäbe es die Kurzarbeit nicht, wären die Firmen gezwungen, Arbeitnehmer zu entlassen. Die gleichen oder höheren Kosten würden dann bei der Arbeitslosenkasse anfallen. Kurzarbeit ist keine Subvention für die Unternehmerwelt, sondern eine Versicherungsleistung, für welche die Arbeitnehmer und Firmen jahrelang Prämien bezahlen. Ohne das Instrument der Kurzarbeit würden Firmen die Überzeit der Mitarbeiter abbauen, das Personal in die Zwangsferien schicken oder gar entlassen. Das Instrument der Kurzarbeit ist im Interesse der Arbeitnehmer.

Diese Motion widerspricht der Verfassung und den Möglichkeiten von Notverordnungen. Die in dieser Motion verlangte Regelung zielt nicht darauf ab, eine drohende Störung eines staatlichen Grundwerts wie der öffentlichen Ordnung abzuwenden, sondern es geht um eine wirtschaftspolitische Grundsatzfrage. Das Anliegen der Motion kann deshalb nicht über diese Verfassungsbestimmung umgesetzt werden.

Die Rückwirkung dieser Motion ist höchst problematisch. Es ist rechtsstaatlich äusserst bedenklich, Dividenden, welche bereits beschlossen und ausgeschüttet worden sind, nachträglich zu verbieten oder rückgängig zu machen. Je nachdem, wann genau die Generalversammlung im Jahr stattfindet, dürften Gewinne für den Geschäftsgang des vergangenen Jahres nicht mehr ausbezahlt werden, auch wenn dies schon beschlossen wurde. Es ist also willkürlich.

Wie soll diese Motion bei Tochter- und Holdingfirmen umgesetzt werden? Es ist unklar, ob Firmen, die Tochtergesellschaften haben, die Kurzarbeitsentschädigungen beziehen, selbst noch Dividenden ausschütten dürften. Die gleiche Frage stellt sich auch bei einer Holdingstruktur und bei Bundesbetrieben.

Weiter können anstelle von Dividendenzahlungen die Löhne erhöht werden. Es ist eine Tatsache, dass Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung, anstatt Dividenden auszuschütten, einfach ihren Lohn erhöhen können. In vielen Fällen könnte das Dividendenverbot unmittelbar umgangen werden.

Ich bin klar der Ansicht, dass in der aktuellen Situation Zurückhaltung bei der Ausschüttung von Dividenden angezeigt ist. Es stellt sich auch die Frage, wie viele Firmen aufgrund der Umsatzverluste vor und nach dem Lockdown und des Schadens während des Lockdowns selbst überhaupt in der Lage sind, Gewinne auszuschütten. Dafür braucht es keine staatliche Regelung, vor allem nicht mit diesen erklärten Nebenwirkungen. Die Umsetzung der Motion verursacht auch einen erheblichen Umsetzungs- und Bürokratieaufwand.

Wenn Sie also Arbeitsplätze sichern, keine falschen Anreize setzen und nicht einfach Dividenden ins nächste Jahr verschieben wollen, bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen. Ich glaube, der Urheber wollte eigentlich Firmengewinne verbieten. Das tut die Motion aber nicht.

Ich bitte Sie, diese Motion, welche ihre Wirkung verfehlt, abzulehnen.

Keller Peter (V, NW): Geschätzter Kollege Dobler, Sie haben hier wirtschaftspolitische Grundsatzfragen gestellt. Ich stelle

AB 2020 N 526 / BO 2020 N 526

Ihnen auch eine wirtschaftspolitische Grundsatzfrage: Ist es richtig, dass wir hier den Vermietern vorschreiben, dass sie bei Geschäftsimmobilien nur noch 30 Prozent der Miete bekommen?

Dobler Marcel (RL, SG): Die Betroffenheit der Unternehmer, die jetzt um 40 Milliarden Franken enteignet



wurden, ist wirklich verheerend. Es geht um eine existenzielle Frage: Wenn ich vor der Entscheidung stehe, nichts zu haben bzw. keine Unterstützung zu erhalten oder einen Kompromiss zu schliessen, der in dieser Zeit 70 Prozent Rabatt beträgt, dann entscheide ich mich für den Kompromiss. Dann muss ich aber auch anerkennen, dass dies über das ganze Jahr hinaus etwa 15 Prozent Rabatt entspricht, während die Firmen in der gleichen Zeit wahrscheinlich etwa 30 oder 40 Prozent Umsatz verlieren. Wenn man eine Umsatzmiete hätte, wäre das nicht der Fall. Also ja, ich entscheide mich für den Kompromiss.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral ne peut adopter une réglementation spéciale et urgente que lorsque celle-ci vise à parer à des troubles existants ou imminents menaçant gravement l'ordre public. La motion dont il est question aujourd'hui ne poursuit clairement pas ce but. Une réglementation urgente ne se justifie donc pas.

Le Conseil fédéral outrepasserait ses compétences en adoptant une telle réglementation dans le cadre des mesures de lutte contre le coronavirus. L'adoption d'une telle réglementation aurait de plus des conséquences néfastes tant pour notre marché du travail que pour notre économie.

Le chômage partiel est un instrument d'aide aux travailleurs. Il sert à protéger les emplois directement menacés au sein des entreprises. Il s'agit d'une prestation d'assurance, qui est financée par des contributions versées par les employés et les employeurs. Cet instrument ne sert qu'à payer le salaire des travailleurs.

Il serait contre-productif de forcer les entreprises à choisir entre la demande de chômage partiel et le versement de dividendes. Il y a de très grands risques qu'elles doivent choisir le versement de dividendes, afin de maintenir leur attractivité et leur compétitivité sur le marché suisse et mondial. En l'absence de versement des indemnités en cas de chômage partiel, elles seraient certainement contraintes de supprimer des emplois.

La non-distribution des dividendes aurait également des conséquences graves sur les sources de revenus de certaines entreprises, par exemple les caisses de pension.

La non-distribution de dividendes aurait donc des conséquences graves sur les prestations du deuxième pilier. Cette réglementation, en outre, présente des défis dans sa mise en oeuvre. Les dividendes constituent la compensation en actions pour l'exercice financier 2019. Cependant, l'indemnité en cas de chômage partiel est perçue durant l'exercice fiscal en cours. On peut supposer que la mauvaise situation actuelle des entreprises se reflétera dans les dividendes versés en 2021, ce qui rend donc inutile une réglementation pour l'exercice en cours. Une telle interdiction en milieu d'exercice conduirait en outre inévitablement à une insécurité juridique et à une inégalité. Outre l'effort administratif qu'elle impliquerait, l'annulation des dividendes déjà versés est problématique d'un point de vue juridique, car elle serait appliquée avec effet rétroactif. L'interdiction entraînerait également une inégalité de traitement entre les entreprises, en fonction du moment où l'assemblée générale aura été planifiée et réalisée. En outre, l'insécurité juridique amènera les futurs investisseurs à exiger un rendement plus élevé de leurs investissements, dans la mesure où ils ne seront pas sûrs de pouvoir compter sur la distribution d'un dividende. Ceci aurait un impact négatif sur la compétitivité des entreprises en Suisse.

Une interdiction de versement de dividendes entraînerait enfin certaines distorsions sur le marché des capitaux. En interdisant les rémunérations en actions – le versement de dividendes –, mais pas des capitaux d'emprunt – les intérêts –, elle créerait des incitations à un endettement disproportionné.

Cela dit, certains se sont interrogés dans leurs interventions sur le fait que les cautions octroyées par le Département fédéral des finances prévoyaient une interdiction de versement de dividendes. La question s'est posée de savoir pourquoi une réglementation similaire ne pourrait pas être adoptée.

Le système des cautionnements préparé et adopté par le Département fédéral des finances n'est pas lié, lui, à l'emploi des fonds mis à disposition. Il est donc essentiel ici, pour ce cas-là, de prévoir un mécanisme afin que l'argent soit correctement employé et ne soit pas utilisé pour couvrir des besoins personnels.

Dans le cas qui nous occupe, l'argent perçu par une entreprise au titre de la réduction de l'horaire de travail lui permet de payer des salaires à ses employés. Tout emploi autre des fonds a des conséquences pénales pour les administrateurs de l'entreprise.

Pour toutes ces raisons, je vous invite, au nom du Conseil fédéral, à suivre la minorité de votre commission et à rejeter cette motion.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Monsieur le conseiller fédéral, je vous donnerai un exemple, celui d'une vendeuse d'une boutique de mode, au chômage technique, qui a témoigné récemment à la Télévision suisse romande qu'avec le chômage technique elle touchait 80 pour cent d'un salaire qui, pour un taux d'activité de 95 pour cent, se montait environ à 3000 francs nets. Elle reçoit donc 80 pour cent de 3000 francs nets. Dans ces conditions-là, comment pouvons-nous justifier de prélever 20 pour cent du salaire des salariés qui sont au chômage technique, sans entamer le droit des actionnaires de recevoir des dividendes? Comment cette



contradiction entre les rabais sur les salaires qui sont imposés par le chômage technique et la sacro-sainte défense des dividendes que vous venez de faire est-elle possible?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Je l'ai dit au début de mon intervention, mais je le répète volontiers: la réglementation qui figure dans le droit actuel a été adoptée il y a très longtemps et elle n'a jamais été remise en question jusqu'ici. Le Conseil fédéral ne veut pas, il pense que ce serait une erreur, et il ne peut d'ailleurs pas, utiliser le droit d'urgence pour modifier cette réglementation.

S'il y a une volonté de modifier la loi, cela doit se faire par la voie du droit ordinaire, avec la préparation d'un projet de loi et toute la procédure parlementaire prévue. Or, la motion 20.3164 demande au Conseil fédéral d'instaurer des mesures qui auraient même une certaine rétroactivité. Quant au cas que vous évoquez, il est la conséquence de la situation existante. La règle est claire: la RHT s'élève à 80 pour cent du salaire assuré. Je répète que les moyens mis à disposition pour la RHT doivent être consacrés au paiement des salaires et ne peuvent pas servir à des besoins personnels. Sinon, il y a des conséquences pénales.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La commission propose d'adopter la motion. Une minorité Dobler et le Conseil fédéral proposent de la rejeter.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.3164/20313)

Für Annahme der Motion ... 93 Stimmen

Dagegen ... 88 Stimmen

(11 Enthaltungen)

AB 2020 N 527 / BO 2020 N 527